

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

29. Jahrgang

Berlin, den 13. April 1962

Nummer 15

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Struktur und Entwicklung der Sozialeinkommen in Mitteldeutschland

### Allgemeine Entwicklung

Die öffentlichen Sozialeinkommen haben sich in Mitteldeutschland von 1955 bis 1960 um rund 80 vH erhöht; die Einkommensübertragungen lagen 1955 bei 4,5 Mrd. DM-Ost, stiegen bis 1958 auf 6,5 Mrd. DM-Ost und erreichten 1960 8,1 Mrd. DM-Ost. Auch ihr Anteil am mitteldeutschen Sozialprodukt erhöhte sich laufend und betrug im Jahre 1959 reichlich 8 vH; für 1961 kann mit einem Anteil der öffentlichen Einkommensübertragungen am Sozialprodukt von etwa 9 vH gerechnet werden<sup>1)</sup>. Wenn auch die so erkennbare Erhöhung der mitteldeutschen Sozialleistungen noch nicht den relativen westdeutschen Ausgabenstand erreicht hat — in Westdeutschland wurden 1959 rd. 13 vH des Bruttosozialproduktes für Sozialeinkommen ausgegeben<sup>2)</sup> —, so hat die wesentlich über den jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten liegende Zunahme der mittel-

deutschen Sozialausgaben doch den Abstand gegenüber Westdeutschland verringert.

Zu einem Teil ist die Erhöhung der Einkommensübertragungen in Mitteldeutschland allerdings nicht auf Verbesserungen der individuellen Bezüge, sondern auf eine Erweiterung des Empfängerkreises als Folge der natürlichen Bevölkerungsbewegung sowie bestimmter preispolitischer Maßnahmen zurückzuführen. Mit der Aufhebung der Lebensmittelrationierung im Mai 1958, die Preiserhöhungen der bis dahin rationierten Le-

<sup>1)</sup> In die öffentlichen Einkommensübertragungen sind aus methodischen und definitorischen Gründen die Stipendien und Unterhaltsbeihilfen an Studenten und Fachschüler nicht einbezogen worden, obwohl es sich in Mitteldeutschland um nicht ganz bedeutungslose Summen, 1960 etwa 250 Mill. DM-Ost, handelt.

<sup>2)</sup> Gemessen an der Summe aller Einkommen in der Volkswirtschaft, dem Nettosozialprodukt zu Marktpreisen, betrug 1959 der Anteil der Sozialeinkommen in der Bundesrepublik knapp 15 vH. In Mitteldeutschland läßt sich das Nettosozialprodukt wegen der bisher unbefriedigenden Berechnung der Abschreibungen nur innerhalb größerer Fehlergrenzen bestimmen, so daß hier als Bezugsgröße dem Bruttosozialprodukt der Vorzug zu geben ist.

### Öffentliche Sozialeinkommen in Mitteldeutschland (einschl. Ost-Berlin)

Berechnung und Schätzung des DIW

Einkommensarten	in Mill. DM-Ost						Anteile in vH		
	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1955	1958	1960
<b>Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten</b>									
Versichertenrenten <sup>1)</sup> . . . . .	2245	2100	2680	2885	3245	3445	50,1	44,3	42,5
Witwenrenten <sup>2)</sup> . . . . .	510	455	650	670	685	700	11,4	10,3	8,6
Waisenrenten . . . . .	140	105	120	105	100	90	3,1	1,6	1,1
Unfallrenten <sup>3)</sup> . . . . .	96	90	110	115	125	130	2,1	1,8	1,6
Barleistungen der Krankenversicherung <sup>4)</sup> . . . . .	837	814	917	938	1007	1116	18,7	14,4	13,8
Sonstige Barleistungen <sup>5)</sup> . . . . .	45	48	57	60	64	69	1,0	0,9	0,8
<b>Leistungen der Deutschen Versicherungsanstalt<sup>6)</sup></b>									
Renten <sup>7)</sup> . . . . .	—	374	503	543	635	691	—	8,3	8,5
Barleistungen der Krankenversicherung <sup>4)</sup> . . . . .	—	17	21	22	50	90	—	0,3	1,1
<b>Staatshaushalt</b>									
Renten für Kriegsoffer, VdN usw. . . . .	284	262	289	264	253	242	6,4	4,1	3,0
Altersversorgung der Intelligenz . . . . .	60	70	80	92	110	130	1,3	1,4	1,6
Laufende und einmalige Sozialunterstützungen . . . . .	155	175	177	169	167	158	3,5	2,6	1,9
Tbc-Wirtschaftshilfe . . . . .	23	21	19	25	23	18	0,5	0,4	0,2
Arbeitslosenfürsorge . . . . .	10	8	4	3	2	1	0,2	0,0	0,0
Unterstützung für Mutter und Kind . . . . .	69	67	66	146	211	214	1,6	2,2	2,6
Kinderzuschläge . . . . .	—	—	—	420	860	910	—	6,4	11,2
Ehegattenzuschläge . . . . .	—	—	—	60	100	110	—	0,9	1,4
Sonstige Barleistungen . . . . .	6	6	6	6	6	6	0,1	0,1	0,1
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>4480</b>	<b>4612</b>	<b>5699</b>	<b>6523</b>	<b>7643</b>	<b>8120</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

<sup>1)</sup> Alters-, Invaliden-, Invalidenalters- und Bergmannsrenten. — <sup>2)</sup> Einschl. Halbrenten, die an Rentner gezahlt werden, die Anspruch auf zwei Rentenarten haben. — <sup>3)</sup> Einschl. Übergangs-, Teil- und Hinterbliebenenrenten. — <sup>4)</sup> Kranken-, Haus- und Taschengeld, Barleistungen der Wochenhilfe, Sterbegeld. — <sup>5)</sup> VdN-Angehörigenrenten sowie Pflegegelder für pflegebedürftige Rentner. — <sup>6)</sup> Einschl. der Leistungen der Vereinigten Großberliner Versicherungs-Anstalt. — <sup>7)</sup> Alle Rentenarten der Sozialversicherung.

bensmittel mit sich brachte, wurde ein System von Zuschlägen geschaffen, das in unterschiedlichem Umfang Lohn- und Gehaltsempfänger, selbständige Gewerbetreibende, Studenten und Fachschüler, Rentner und Sozialunterstützte durch laufende Ehegatten- oder Kinderzuschläge begünstigt, die bis zu 20 DM monatlich betragen. Diese nur aus dem planwirtschaftlichen Wirtschaftssystem erklärbaren Zahlungen führen zu einer recht breiten Streuung der Gesamtsumme der Einkommensübertragungen, so daß die Durchschnittsbeträge der wichtigsten Sozialleistungen (z. B. Altersrenten) noch stärker unter dem westdeutschen Niveau geblieben sind, als es die genannten globalen Sozialproduktsanteile vermuten lassen.

Der Anteil der von den beiden Sozialversicherungsträgern<sup>3)</sup> gewährten Sozialversicherungsrenten an dem gesamten öffentlichen Sozialeinkommen, der 1955 noch mehr als 67 vH betragen hatte, ist trotz erheblich gestiegener Aufwendungen infolge der strukturellen Veränderungen bis 1960 auf 63 vH zurückgegangen. Ohne die Einführung von Ehegatten- und Kinderzuschlägen, die aus Mitteln des Staatshaushalts gewährt werden, hätte sich jedoch der Rentenanteil auf rd. 72 vH aller öffentlichen Sozialeinkommen erhöht. Dagegen wäre der Anteil der Barleistungen der Krankenversicherung auch dann leicht zurückgegangen, wenn die eigentlichen Sozialeinkommen nicht um die Ehegatten- und Kinderzuschläge erweitert worden wären.

Bei den für Kriegsoffer und Fürsorgeempfänger aufgewandten Beträgen entspricht der relative Rückgang der übertragenen Einkommen der auch in Westdeutschland festzustellenden Entwicklung; die Summe der hier zu verzeichnenden Ausgaben hat jedoch niemals das relative westdeutsche Niveau auch nur annähernd erreicht.

Bemerkenswert ist der steigende Anteil der aus Mitteln des Staatshaushalts gewährten zusätzlichen Versorgung der vom Staat privilegierten Gruppen der „wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz“. Er wird sich zweifellos in den kommenden Jahren weiter erhöhen.

Die Erhöhung der Aufwendungen für Unterstützung für Mutter und Kind beruht auf den ebenfalls 1958 eingeführten Geburtenbeihilfen, die bereits vom 1. Kind an und in Höhe von mindestens 500 DM gewährt werden.

### Leistungen der Sozialversicherung

Für die Entwicklung der Einkommensübertragungen waren im einzelnen folgende Faktoren bestimmend.

Infolge der ungünstigen Altersstruktur der mitteldeutschen Bevölkerung<sup>4)</sup> hat sich die Zahl der von den beiden Sozialversicherungsträgern betreuten Altersrentner wesentlich erhöht. Demgegenüber ist die Zahl der Invalidenrentner seit

1959 leicht rückläufig. Die schon früher geäußerte Vermutung<sup>5)</sup>, daß der ständige Mangel an Arbeitskräften offenbar zur Anlegung strenger Maßstäbe bei der Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit Anlaß gebe, wird durch dieses statistische Ergebnis bestätigt.

Ebenfalls zurückgegangen ist der Bestand an Witwen- und Waisenrenten, während die Zahl der „Halbrenten“ — hauptsächlich Witwenrenten, die an Witwen mit eigenem Rentenanspruch nur in halber Höhe des Anspruches gewährt werden — infolge der zunehmenden Erwerbsquote der weiblichen Bevölkerung in Mitteldeutschland laufend ansteigt.

Nach Berechnungen des DIW hat die Gesamtzahl der Rentenfälle bei den mitteldeutschen Sozialversicherungsträgern folgende Entwicklung genommen (in 1000):

	1955	1960	Veränderung in vH
Altersrenten . . . .	1 602	2 000	+ 24,8
Invalidenrenten . . .	343	350	+ 2,0
Witwenrenten . . . .	478	455	- 4,8
Halbrenten . . . . .	337	430	+ 27,6
Waisenrenten . . . .	297	145	- 51,2

Zu diesen sich auf die Gesamtausgaben auswirkenden Bestandserhöhungen sind seit 1955 die Einflüsse verschiedener Leistungsverbesserungen getreten. So wurden Ende 1956, also etwa zur Zeit der westdeutschen Rentenreform, die Renten um einen Zuschlag von jeweils 30 DM, im Juni 1958 zum Ausgleich von Preiserhöhungen nach Abschaffung der Rationierung um Zulagen zwischen 5 und 12 DM-Ost und im Jahre 1959 um einen weiteren Betrag von 10 DM-Ost monatlich erhöht. Auch die neben den Vollrenten gewährten Kinder- und Ehegattenzuschläge wurden seither angehoben.

Die Entwicklung der Barleistungen der Krankenversicherung wurde weitgehend durch die steigenden Aufwendungen für Kranken-, Haus- und Taschengeld bestimmt; sie erhöhten sich von 721 Mill. DM im Jahre 1955 auf 1048 Mill. DM im Jahre 1960, d. h. um 45 vH. Da im gleichen Zeitraum die Bruttolohnsumme der mitteldeutschen Arbeitnehmer um rd. 22 vH anstieg, dürfte — bei unveränderter Rechtsgrundlage — der Zuwachs der Barleistungen — neben dem Anstieg der Zahl der versicherten Beschäftigten — zu einem nicht geringen Teil auf eine Erhöhung des relativen Krankenstandes, d. h. der Zahl der Krankheitsfälle je 100 Versicherte, zurückzuführen sein.

<sup>3)</sup> Aus der seit 1951 vom FDGB getragenen einheitlichen Sozialversicherung wurden durch die Neuordnung des Sozialversicherungswesens im März 1956 die Selbständigen (Bauern, Kleingewerbetreibende, Handwerker u. ä.) ausgegliedert und von einer eigens geschaffenen Versicherungsabteilung bei der „Deutschen Versicherungsanstalt“ (DVA) (in Ost-Berlin die „Vereinigte Großberliner Versicherungsanstalt“) übernommen. Durch Verordnungen vom 19. 2. 1959 und 30. 4. 1959 wurden auch die Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und von Produktionsgenossenschaften des Handwerks und der Fischerei aus der Sozialversicherung beim FDGB herausgelöst und der DVA zugeteilt.

<sup>4)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 42/1961.

<sup>5)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 15/1961.

**Monatliche Durchschnittsrenten der Sozialversicherung**  
in DM-Ost bzw. DM-West

Einkommensarten	Mitteldeutschland 1)				Westdeutschland 2)			
	1957	1958	1959	1960	1957	1958	1959	1960
Altersrenten 3) . . . . .	126	137	143	148	184	195	205	218
Invalidentrenten 4) . . . . .	122	134	145	147	134	140	153	165
Witwenrenten . . . . .	102	111	120	121	110	120	129	138
Waisenrenten . . . . .	45	49	55	56	51	52	56	60

1) Sozialversicherung unter Verwaltung des FDGB einschl. Ost-Berlin; Stand jeweils im Dezember. — 2) Durchschnittsbeträge der Renten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der Knappschaftlichen Rentenversicherung; Stand im Januar des folgenden Jahres, Bundesrepublik einschl. Berlin. — 3) Mitteldeutschland einschl. Invalidentrenten. — 4) Westdeutschland nur Erwerbsunfähigkeitsrenten.  
Quellen: Angaben für 1957 bis 1959 vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 15/1961; im übrigen Sozialbericht der Bundesregierung 1961 sowie Statistisches Jahrbuch der DDR, 1960/61, S. 110/11.

**Leistungen des Staatshaushalts**

Der wegen unzureichender Beitragseinnahmen unausgeglichene Haushalt der Sozialversicherung erfordert in steigendem Umfange Zuschüsse aus dem mitteldeutschen Staatshaushalt. Sie stiegen von 157 Mill. DM im Jahre 1955 auf 1,75 Mrd. D-Mark 1960 und sollen mit rd. 2,3 Mrd. DM im Jahre 1962 rd. ein Viertel der gesamten Sozialversicherungsausgaben decken.

Doch auch die unmittelbaren Einkommensübertragungen aus dem Staatshaushalt gewinnen laufend an Bedeutung. Eine besondere Stellung nimmt dabei die „Altersversorgung der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz“ (Wissenschaftler, Lehrer, Künstler, im öffentlichen Gesundheitswesen beschäftigte Ärzte) ein, die aus staatspolitischen Gründen eingeführt wurde und auch zu einer höheren Qualifizierung der Arbeitnehmer beitragen soll<sup>6)</sup>. Die im einzelnen gewährten pensionsähnlichen Renten, die zusätzlich zu anderen (Erwerbs- oder Renten-)Einkünften gezahlt werden, betragen zwischen 60 und 80 vH des

<sup>6)</sup> Die außerdem gezahlten „Intelligenzrenten“ für Techniker und Ingenieure in der volkseigenen Wirtschaft haben den gleichen Sinn. Sie werden jedoch nicht aus öffentlichen Mitteln, sondern von den volkseigenen Betrieben im Umlageverfahren finanziert und sind daher nicht als öffentliche Einkommensübertragung anzusprechen.

vor Eintritt des Versorgungsfalles (Invalidität oder Alter) bezogenen Gehalts.

Wenn die Altersversorgung insgesamt 90 vH des bisherigen Arbeitseinkommens übersteigt, werden darüber hinausgehende Sozialversicherungsrenten eingestellt. Die statistischen Daten über die ständig wachsenden Ausgaben für diese Versorgung sind jedoch sehr lückenhaft, sicher auch, weil der Staat die erheblichen Unterschiede zwischen den allgemeinen Sozialversicherungsrenten und der teilweise über 1000 DM-Ost monatlich liegenden Altersversorgung der Intelligenz nicht sichtbar werden lassen will.

Die Ausgaben für Kriegspferrenten und Sozialunterstützungen sind weiterhin rückläufig, die Unterstützungen an Arbeitslose nahezu bedeutungslos geworden.

**Die Sozialeinkommen  
in beiden Teilen Deutschlands**

Aus einem Vergleich der in beiden Teilen Deutschlands geleisteten Einkommensübertragungen wird deutlich, daß trotz der weitgehend gleichartigen Entwicklungstendenzen in den Einzelzweigen das Leistungsniveau noch immer recht unterschiedlich ist. Besonders große Unterschiede

**Entwicklung einzelner Sozialeinkommen in Mittel- und Westdeutschland 1)**

Berechnung des DIW

Einkommensarten	in Mrd. DM					in DM je Kopf der Bevölkerung				
	1956	1957	1958	1959	1960	1956	1957	1958	1959	1960
<b>Mitteldeutschland</b>										
Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung <sup>2)</sup> . . . . .	3,24	4,20	4,47	4,96	5,25	183	240	258	287	305
Barleistungen der Krankenversicherung <sup>3)</sup> . . . . .	0,83	0,94	0,96	1,08	1,21	47	53	55	61	70
Kriegspferversorgung . . . . .	0,26	0,29	0,26	0,25	0,24	15	16	15	15	14
Sonstige Übertragungen <sup>4)</sup> . . . . .	0,28	0,27	0,83	1,37	1,42	15	16	48	79	82
Öffentliche Sozialeinkommen, gesamt . . . . .	4,61	5,70	6,52	7,64	8,12	260	325	376	442	471
<b>Westdeutschland</b>										
Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung <sup>5)</sup> . . . . .	15,28	19,78	22,68	23,88	25,69	293	375	425	443	462
Barleistungen der Krankenversicherung <sup>3)</sup> . . . . .	1,41	2,08	2,51	2,63	3,12	27	40	47	49	56
Kriegspferversorgung . . . . .	3,20	3,44	3,23	3,09	3,51	62	65	60	57	64
Sonstige Übertragungen <sup>4)</sup> . . . . .	4,69	4,75	5,27	5,35	4,46	90	90	99	99	80
Öffentliche Sozialeinkommen, gesamt . . . . .	24,58	30,05	33,69	34,95	36,78	472	570	631	648	662

1) Mitteldeutschland einschl. Ost-Berlin; Westdeutschland einschl. West-Berlin, ab 1960 einschl. West-Berlin und Saarland. — 2) Einschl. „Altersversorgung der Intelligenz“. — 3) Kranken-, Haus und Taschengeld, Barleistungen der Wochenhilfe, Sterbegeld. — 4) Sozialfürsorge- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützungen, ab 1958 auch staatl. Kinder- und Ehegattenzuschläge. — 5) Einschl. Beamtenpensionen und Pensionen nach Art. 131 GG — 6) Sozialfürsorge- und Arbeitslosenunterstützungen, Kindergeld, Lastenausgleichszahlungen u. a.

bestehen in der Versorgung der aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen und der Hinterbliebenen sowie der Kriegsgeschädigten.

Bezogen auf die Zahl der im Rentenalter stehenden Personen wurden für die Versorgung der Alten, Invaliden, Unfallgeschädigten und ihrer Hinterbliebenen 1960 in Mitteldeutschland 1743 DM, in der Bundesrepublik dagegen 3300 D-Mark (einschließlich Beamtenpensionen und Leistungen nach Art. 131 GG) ausgegeben. Vor allem das Fehlen einer angemessenen Versorgung der in Mitteldeutschland lebenden früheren Beamten, die z. T. Mindestrenten der Sozialversicherung beziehen, und die gegenüber Westdeutschland infolge der strengeren Anforderungen geringere Zahl der Invaliditäts- und Witwenrentenempfänger wirken sich neben den ohnehin geringeren Durchschnittsrenten auf den Unterschied im Leistungsvolumen aus.

Ähnliche Gründe gelten für die Versorgung der Kriegsoffer, die im allgemeinen nur bei einer mehr als  $66^{2/3}$  vH betragenden Erwerbsminderung Leistungen erhalten. Die Versorgung von Heimatvertriebenen und sonstigen Kriegsgeschädigten, die in Westdeutschland z. T. im Wege des Lastenausgleichs durchgeführt wurde, fehlt in Mitteldeutschland völlig.

Dagegen ist das scheinbar gleiche Niveau der Barleistungen aus der Krankenversicherung nur bedingt vergleichbar. In Mitteldeutschland erhalten im Krankheitsfalle sowohl Arbeiter als auch Angestellte im allgemeinen von Beginn der

Arbeitsunfähigkeit an ein Krankengeld in Höhe von 50 vH des Beitragsverdienstes der vorangegangenen drei Monate, während dies in Westdeutschland im allgemeinen nur für die Arbeiter gilt, deren Krankengeld überdies in den ersten sechs Wochen der Arbeitsunfähigkeit zwischen 65 und 75 vH des Grundlohnes liegt<sup>7)</sup>. Ein Vergleich der Barleistungen je Mitglied läßt auch erkennen, daß die westdeutschen Barleistungen der Krankenversicherung, bezogen auf die Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen, um rd. 70 vH über den vergleichbaren mitteldeutschen Leistungen liegen.

Neuerdings wird in Mitteldeutschland versucht, den weiteren Anstieg der Ausgaben für Krankengelder abzuschwächen. Durch eine im Dezember 1961 erlassene Verordnung wurde die Bemessungsgrundlage für das Krankengeld insoweit geändert, als künftig Krankengeld nach dem beitragspflichtigen Durchschnittsverdienst des vergangenen Kalenderjahres und nicht mehr nach dem der letzten drei Monate berechnet wird.

Ganz allgemein läßt die in letzter Zeit von den Planungsinstanzen geäußerte heftige Kritik an „zu starken“ Anstieg der privaten Einkommen und des Verbrauchs den Schluß zu, daß im laufenden Jahr keine autonomen Erhöhungen der Sozialeinkommen zu erwarten sind und damit das Anwachsen des Anteils der Transfereinkommen am Sozialprodukt weitgehend unterbunden wird.

<sup>7)</sup> Sowohl in West- als auch in Mitteldeutschland erhalten die Bezieher von Krankengeld zusätzlich Zahlungen aus Mitteln der Betriebe, die zu Krankenzuzügen von 90 vH des Nettoarbeitseinkommens führen.

## Zur Tarifgestaltung und Kostenstruktur des Wagenladungsverkehrs der Bundesbahn

*Auf Grund der Novellen zum Verkehrsrecht legte die Deutsche Bundesbahn Anfang dieses Jahres einige Tarifanträge zur Genehmigung vor, die in wesentlichen Teilen unter Hinweis auf die Gefahr eines „unbilligen“ Wettbewerbs abgelehnt wurden. Bei der verkehrspolitischen Diskussion um die Einführung dieser Tarife, die die Gegensätzlichkeit von einzel- und gesamtwirtschaftlicher Betrachtung aufzeigte, stand die „Kostenechtheit“ der Tarife im Vordergrund.*

In der verkehrspolitischen Diskussion wird immer nachdrücklicher und häufiger die Forderung nach einer kostennäheren Tarifierung erhoben, um damit jedem Verkehrsmittel die Transporte zukommen zu lassen, die seiner Kostenstruktur am besten entsprechen. Nur so läßt sich der Grundsatz der Freiheit der Wahl des Verkehrsmittels durch den Verkehrsnutzer mit dem Ziel einer volkswirtschaftlichen Gesamtkostenersparnis verbinden. Diese Gesichtspunkte werden insbesondere auch in dem Memorandum der EWG-Kommission zur Verkehrspolitik in den Vordergrund gestellt.

Besteht über die Forderung nach einer kostennäheren Tarifierung sowohl im nationalen Rahmen als auch international bei den Mitgliedslän-

dern des Gemeinsamen Marktes Übereinstimmung, so wirft doch ihre Verwirklichung u. a. die bisher nur unbefriedigend gelöste Frage der Wegekostenanlastung auf. Unabhängig davon bereitet aber auch schon die Kostenermittlung für den einzelnen Verkehrsbetrieb erhebliche Schwierigkeiten. Dies trifft insbesondere für das größte deutsche Verkehrsunternehmen, die Deutsche Bundesbahn, zu, da bei ihr die Frage der Zurechnung der Fixkosten zu den einzelnen Verkehrsbereichen von besonderer Bedeutung ist. Die Zurechnungs- und Anlastungsprobleme sind als Begründung dafür zu nennen, daß über die Kostenstruktur des Eisenbahnbetriebes kaum Veröffentlichungen vorliegen. So erklärt es sich auch, daß noch heute in allen wissenschaftlichen

Untersuchungen, die sich mit diesem Fragenkomplex befassen, auf Untersuchungen aus den Jahren 1925 und 1930 zurückgegriffen werden muß, wenn man sich nicht auf neuere und detailliertere Veröffentlichungen französischer oder amerikanischer Eisenbahnen stützen will.

Neuerdings gestattet aber die Auswertung des im sogenannten Brand-Gutachten veröffentlichten Materials, das die Bundesbahn selbst zur Verfügung gestellt hat, Aussagen über die Kostenstruktur des wichtigsten Bereichs des Eisenbahngüterverkehrs — des Wagenladungsverkehrs. Bei den Untersuchungen der Subventionstarife der Deutschen Bundesbahn wurden von der Gutachter-Kommission die landwirtschaftlichen Subventionstarife besonders analysiert. Hierfür stellte die Bundesbahn der Kommission — da spezielle Kostenrechnungen für diese Tarife nicht vorlagen — Unterlagen über die Kostenstruktur des gesamten Wagenladungsverkehrs zur Verfügung. Diese Kostendaten beziehen sich auf das Jahr 1958. Die durchschnittliche Auslastung des Wagenladungsverkehrs wurde in der Selbstkostenrechnung mit 17,47 t angenommen.

Aus den für die mittleren Versandweiten der landwirtschaftlichen Subventionstarife gegebenen Selbstkostenangaben läßt sich nun eine Selbstkostenkurve entwickeln, die — wie eben dargelegt — für den gesamten Wagenladungsverkehr der Bundesbahn gilt<sup>1)</sup>.

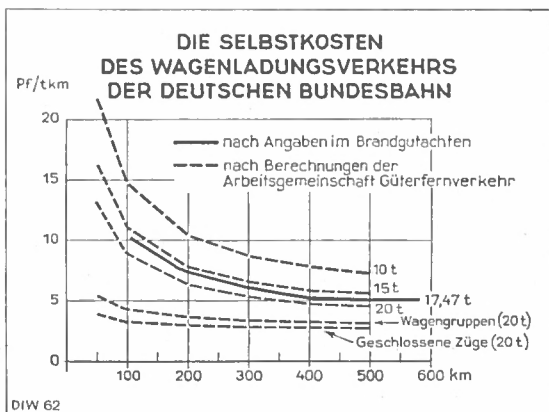
Die so gewonnene Kurve erfährt auch durch eine zweite Überlegung eine Bestätigung und bestätigt ihrerseits bisher vorliegende hypothetische Rechnungen. In Ermangelung anderer Unterlagen wurden nämlich vom Gewerblichen Güterfernverkehr Schätzungen über die Kostenstruktur des Wagenladungsverkehrs der Bundesbahn vorgenommen, deren Ausgangspunkt Veröffentlichungen aus den Jahren 1925 und 1930 bildeten. Unter Verwendung eines Kostenindex von 263 (1930 = 100) wurden neue Selbstkostenkurven für die einzelnen Wagenladungstypen ermittelt. Die Veröffentlichungen weisen daher neben den 10-t-, 15-t- und 20-t-Einzelwagen-Kostenkurven

auch Kurven für den Verkehr in Wagengruppen bzw. geschlossenen Zügen aus. Die aus dem Brand-Gutachten ermittelte Kostenkurve, die für eine Auslastung von 17,47 t gilt, fügt sich völlig in den auf der Basis von 1930 errechneten Kostenverlauf ein.

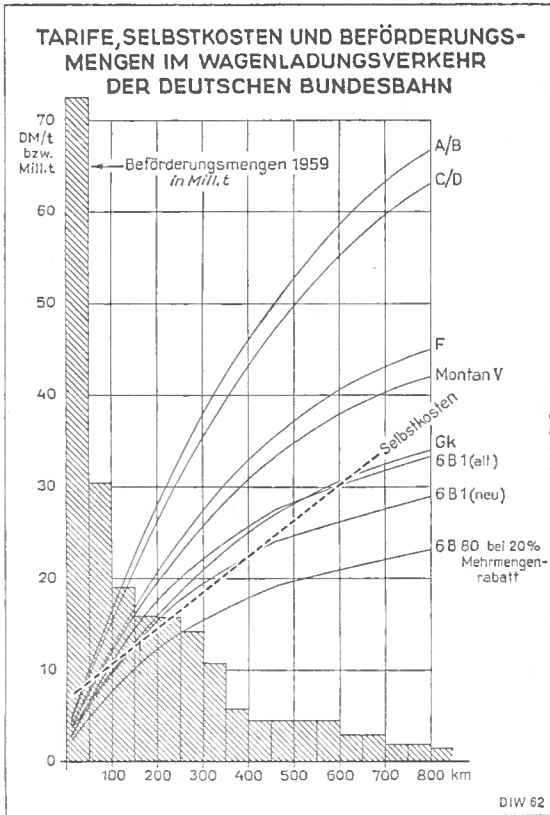
Dies würde bedeuten, daß nicht nur die Hochrechnung über die Kostenindizes den heutigen Wert annähernd getroffen hätte, sondern auch, daß sich die Abhängigkeit der Kosten des Wagenladungsverkehrs von der Entfernung seit 1930 kaum verändert hätte. Auch ohne eine derartig weitgehende Interpretation des gefundenen Ergebnisses bleibt aber festzustellen, daß nunmehr für die Nachkriegszeit eine Kostenkurve des Wagenladungsverkehrs der Bahn zur Verfügung steht, die ähnlich wie die von 1930 auf amtlichen Unterlagen beruht und daher gestattet, gegenwärtige Tarife und künftige tarifpolitische Maßnahmen an ihr zu messen. Dabei muß man jedoch unbedingt davon ausgehen, daß die Tarife keinesfalls eine völlige Übereinstimmung mit den jeweiligen Kosten aufweisen können oder müssen. Der Gesichtspunkt der Gesamtdeckung der Kosten des Eisenbahnbetriebes zwingt die Eisenbahn dazu, Marktvorteile dort zu nutzen, wo es möglich ist; andererseits aber auch Preiszugeständnisse im Interesse der Erhaltung des Verkehrs dort zu machen, wo es nötig erscheint und die Kostenlage es gestattet.

Die aus dem Gutachten abgeleitete Kostenkurve bietet — unterstellt man ihre Gültigkeit auch für die Gegenwart — gewisse Anhaltspunkte für eine Beurteilung tarifpolitischer Maßnahmen. Von besonderer Bedeutung ist dies für die Tarifierung von Massengütern, insbesondere von Kohle und Heizöl sowie von Getreide. Dies zeigen die Diskussionen der letzten Zeit zwischen Bundesbahn und Binnenschifffahrt um die Einführung der neuen Ausnahmetarife 14 B 13 (für Heizöl) sowie 6 B 1 und 6 B 80 (für Kohle).

Stellt man die wichtigsten Regel- und Ausnahmetarife der Bundesbahn der Kostenkurve des Wagenladungsverkehrs gegenüber, so zeigt sich, daß die tarifpolitische Forderung, der normale Verkehr habe die vollen Selbstkosten und einen angemessenen Gewinn zu erbringen, auch heute noch voll verwirklicht ist. D. h. der Normaltarif ist so aufgebaut, daß die unterste Klasse noch die vollen Selbstkosten deckt, während die übrigen Klassen einen, dem Wert und der Tragfähigkeit der auf sie entfallenden Güter entsprechenden Nutzen abwerfen. Die obere Grenze ist dabei durch die Konkurrenz des Straßengüterverkehrs gezogen. Bei den wichtigen allgemeinen Ausnahmetarifen, die wie der 6 B 1 (für Kohle) eigentlich als Normaltarife zu behandeln sind, wird man ebenfalls Vollkostendeckung fordern müssen. Bei speziellen Ausnahmetarifen, die nur für bestimmte Güter in bestimmten Verkehrsrelationen gelten, ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese häufig nur Verkehr in geschlossenen



<sup>1)</sup> Deutscher Bundestag: 3. Wahlperiode, Drucksache 1602, S. 81.



Zügen betreffen, für den ein günstigerer Kostenverlauf als beim Wagenladungsverkehr angenommen werden muß. Diese Gesichtspunkte müssen auch bei der Betrachtung der Entfernungsstufenstatistik des Wagenladungsverkehrs berücksichtigt werden. Der Kurzstreckenverkehr bis 100 km, auf den mengenmäßig etwa die Hälfte des Gesamtverkehrs entfällt, kann — in geschlossenen Zügen durchgeführt — ebenfalls durchaus kostengünstig sein.

Handelt es sich dagegen bei der Tarifierung um die Gewinnung von Mehrverkehr, wie er z. B. im Antrag der Bundesbahn auf Einführung eines Mehrmengenrabatts innerhalb des Kohlentarifs 6 B 80 angestrebt wurde, so sind bei der Frage der Kostendeckung nur die reinen Zusatzkosten des Mehrverkehrs zu veranschlagen, ohne Einbeziehung der schon gedeckten Fixkosten. Da im Wagenladungsverkehr der Anteil der fixen Kosten etwa auf 40 bis 50 vH anzusetzen ist, wäre unter dem Gesichtspunkt der „Kostendeckung“

der Tarife auch gegen einen Rabatt von 20 vH, wie er für einen Mehrverkehr von 25 vH vorgesehen war, wenig einzuwenden. Ähnliches gilt für die Tarifierung eines „Mitläuferverkehrs“, der ebenfalls nur sehr niedrige zusätzliche Kosten verursacht.

Die in der verkehrspolitischen Diskussion in den Vordergrund gerückte Frage der „Kostendeckung“ einzelner Tarife kann aber nicht für sich betrachtet werden. Es ist vielmehr zu berücksichtigen, daß die in der Untersuchung behandelte Kostenkurve des Wagenladungsverkehrs nur unter der wichtigen Prämisse der „Tarifgleichheit im Raum“ Gültigkeit hat. Wird dieses Prinzip, das durch eine Vielzahl von speziellen Ausnahmetarifen in der Tarifgestaltung bereits heute nicht mehr voll verwirklicht ist, auch in der Kostenrechnung aufgegeben und neben der bereits bestehenden besonderen Kalkulation des Verkehrs in geschlossenen Zügen auch etwa die Streckenauslastung berücksichtigt, wie es z. B. in der Kostenrechnung und auch in der Tarifgestaltung der französischen Staatsbahnen geschieht, so wären hiermit einer weiteren Tariffdifferenzierung noch zusätzliche Anwendungsbereiche gegeben.

Eine diese betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten ausschöpfende Tarifpolitik der Bundesbahn entspricht weitgehend dem Grundsatz einer kaufmännischen Betriebsführung. Nach einer Lösung des Wegekostenproblems und einer Angleichung der übrigen Startbedingungen der verschiedenen Verkehrsmittel kann eine kostennähere Tarifierung darüber hinaus auch zu einer volkswirtschaftlich optimalen Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern beitragen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt bleibt jedoch die Frage bestehen, ob nicht andere verkehrs- und wirtschaftspolitische Aspekte sowie die besondere Struktur des Verkehrsmarktes gegen eine volle Ausschöpfung der betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten der Bahn sprechen. Insbesondere bei der Beurteilung von Tarifanträgen, die gezielt gegen einen Konkurrenten gerichtet sind, wird der Tatsache Rechnung getragen werden müssen, daß nur für einen Verkehrsträger in einem derartigen Ausmaße Möglichkeiten eines Globalausgleiches bestehen und ein Übergang zu einem freieren Preiswettbewerb nach einer jahrzehntelangen dirigistischen Gestaltung auf dem Verkehrsmarkt nur allmählich erfolgen kann.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.  
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. e. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.  
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.  
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.  
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand *)	Einheit †)	1961												1962		
		Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
<b>Anzahl der Werktage</b>		25,7	24	26	24	24	24,2	26	26,9	26	26	24,4	24	25,7	24	
<b>Kredite an Nichtbanken</b>																
Zentralbanksystem	Mill.DM	E	1660	1700	1729	1971	2080	2080	2121	3069	3132	3181	2844	3017	2897	2677
Kreditbanken	"	"	43106,0	44062,8	44811,4	45157,6	45824,9	47193,2	47376,2	47742,9	48991,7	48454,8	48839,2	50131,1	49440,0	49140,0
an Wirtschaft u. Private	"	"	35547,4	36237,4	37157,8	37538,9	37916,0	39285,6	39302,8	39756,2	40964,2	40395,2	40775,1	42145,6	41332,6	41332,6
kurzfristige Kredite	vH	"	68,8	69,2	69,6	69,4	69,2	69,6	69,4	69,0	69,2	68,6	68,3	68,9	67,9	67,9
dar. Wechselkredite	"	"	30,3	29,9	30,3	29,8	29,7	29,3	29,3	29,2	28,9	28,7	28,5	30,3	28,9	28,9
mittelfristige Kredite	"	"	12,1	12,1	12,0	12,2	12,4	12,4	12,4	12,7	12,6	12,8	12,9	12,5	12,7	12,7
langfristige Kredite	"	"	19,1	18,7	18,4	18,4	18,4	18,0	18,2	18,3	18,2	18,6	18,8	18,6	19,4	19,4
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill.DM	"	1536,1	1565,2	1619,0	1596,6	1623,9	1663,6	1653,9	1648,0	1661,4	1658,1	1678,1	1668,6	1680,2	1680,2
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	6022,5	6260,2	6084,6	6022,1	6285,0	6244,0	6419,5	6338,7	6366,1	6399,5	6368,0	6316,9	6427,6	6427,6
Übrige Kreditinstitute 1)	"	"	114871,3	116425,3	118232,7	119630,4	121149,0	123223,2	124438,6	125947,3	127926,0	129677,6	131655,2	133481,4	134948,0	134948,0
an Wirtschaft u. Private	"	"	82093,1	83206,7	84335,1	85300,1	86321,7	87656,0	88448,3	89495,7	90911,8	91897,1	93391,0	94731,9	95058,5	95058,5
kurzfristige Kredite	vH	"	19,9	19,9	20,1	20,1	20,0	20,3	19,8	19,3	19,6	19,2	19,3	19,2	19,0	19,0
dar. Wechselkredite	"	"	7,4	7,3	7,4	7,4	7,5	7,5	7,3	7,2	7,2	7,1	7,0	7,0	6,8	6,8
mittelfristige Kredite	"	"	8,4	8,3	8,4	8,4	8,5	8,6	8,6	8,6	8,5	8,5	8,5	8,6	8,4	8,4
langfristige Kredite	"	"	71,7	71,8	71,5	71,5	71,5	71,1	71,6	72,1	71,9	72,3	72,2	72,2	72,6	72,6
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill.DM	"	19870,9	20063,8	20388,6	20598,0	20804,0	21173,8	21242,7	21472,0	21792,8	22225,5	22411,0	22787,9	23263,8	23263,8
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	12907,3	13154,8	13509,0	13732,3	14023,3	14393,4	14747,6	14979,6	15221,4	15555,0	15853,2	15961,6	16625,7	16625,7
<b>Bargeldumlauf und Bank-einlagen</b>																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill.DM	E	20376	20721	21581	21563	21274	22065	22180	22214	22888	22277	23116	23137	22191	22756
Sicht- u. Termineinlagen, ges. 12)	"	"	53548	54499	55485	56837	58954	59497	59742	59720	59068	59574	59985	62667	60875	61045
von Wirtschaft und Privaten	"	"	37306	37868	37486	38609	39491	39140	40115	40348	39651	41137	41387	43953	41973	41665
Sichteinlagen	vH	"	68,4	67,7	67,7	67,6	68,4	69,7	70,1	70,5	71,0	71,2	72,0	72,9	70,3	69,9
Termineinlagen	"	"	31,6	32,3	32,3	32,4	31,6	30,3	29,9	29,5	29,0	28,8	28,0	27,1	29,7	30,1
von deutschen öffentl. Stellen 12)	Mill.DM	"	16242	16631	17999	18228	19463	20357	19627	19372	19417	18437	18598	18714	18902	19380
Sichteinlagen bei Kreditinsti- t. außer. d. Zentralbanksystems	vH	"	19,4	20,8	18,1	17,0	17,9	17,1	16,6	18,3	18,6	17,8	20,3	23,7	19,2	20,1
Sichteinlagen beim ZBS 12)	"	"	29,4	27,0	34,4	35,0	33,8	36,2	35,3	30,5	31,2	30,2	27,7	25,8	27,9	25,6
Termineinlagen	"	"	51,2	52,2	47,5	48,0	48,3	46,7	48,1	51,2	50,2	52,0	51,0	51,0	52,9	54,3
ERP-Sondervermögen	Mill.DM	"	204	172	280	284	165	725	787	420	382	374	407	352	531	232
Spareinlagen	"	"	53963	54816	55281	55484	55996	56423	56804	57213	57581	58330	58387	60073	61411	62398
<b>Deutsche Bundesbank</b>																
Gold und Devisen, gesamt	Mill.DM	E	31429,0	31464,6	31679,1	29902,5	30027,7	30550,1	30126,7	28234,2	28270,3	27249,2	27113,9	28547,6	25622,3	25769,0
Gold	"	"	12400,2	12528,9	12780,6	13021,7	13545,2	13885,9	13934,7	14408,1	14408,8	14423,6	14424,2	14426,6	14427,8	14428,7
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	"	18864,9	18813,5	18691,2	16623,4	16166,5	16356,9	15844,7	13490,6	13519,7	12547,9	12426,5	13829,3	10926,0	11088,2
Sorten, Wechsel, Checks	"	"	163,9	122,2	207,3	257,4	316,0	307,3	347,3	335,5	341,8	277,7	263,2	291,7	268,5	252,1
<b>Wertpapiermarkt</b>																
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien 2)	Mill.DM	S	1841,4	932,5	1287,1	769,5	901,4	981,7	1134,0	770,4	724,0	725,1	722,9	1023,2	1602,4	1609,7
Pfandbriefe	vH	"	18,8	26,3	22,3	34,5	26,5	40,9	24,4	38,5	40,2	46,6	33,1	40,6	32,8	17,4
Kommunalobligationen	"	"	10,7	29,6	20,5	27,3	25,0	25,6	15,9	22,6	25,8	30,9	22,2	15,2	19,3	18,9
Öffentliche Anleihen	"	"	44,6	30,3	17,9	14,4	21,7	0,4	22,4	0,3	0,1	0,8	17,9	10,2	25,7	32,9
Industrieobligationen	"	"	2,2	0,1	6,1	—	—	5,1	—	—	—	—	—	14,7	6,9	9,3
Aktien	"	"	14,2	7,2	27,9	12,2	15,4	19,2	32,9	—	—	—	13,8	9,4	8,1	8,4
Kursdurchschnitt 3)	31.12.53	D	694,9	686,6	680,9	694,0	730,5	736,7	674,3	642,5	612,4	626,3	670,3	648	635	626
Aktien 4)	=100	"	99,66	100,18	100,67	101,00	101,84	102,19	102,09	101,87	101,67	101,60	101,37	101,12	101,65	102,25
4%ige Wertpapiere	"	"	109,55	111,01	112,83	113,59	114,30	114,68	114,35	113,86	113,16	112,80	112,55	112,20	113,16	113,92
5%ige Pfandbriefe	"	"	109,37	110,74	112,41	113,11	113,98	114,31	114,06	113,69	113,09	112,67	112,50	112,18	112,69	113,41
5%ige Kommunalobligationen	"	"	111,44	112,84	114,66	115,13	115,62	115,72	115,60	115,13	114,36	114,15	113,97	113,64	114,68	115,53
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	103,11	103,06	103,08	103,43	103,84	104,07	102,47	103,14	102,94	103,08	103,39	103,42	103,36	103,77
8%ige Industrieobligationen 5)	"	"														
<b>Finanzen</b>																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder 6)	Mill.DM	S	4940,4	4416,8	6595,7	4368,2	4710,8	7344,0	4780,6	5098,8	7312,9	4769,9	5321,6	8596,9	5592,6	5592,6
Besitz- und Verkehrsteuern 7)	"	"	2099,4	1789,6	4276,4	1748,6	1883,1	4724,5	2086,8	2150,3	4667,2	1899,1	2059,7	5634,8	2573,6	2023,7
Lohnsteuer	"	"	1018,7	709,5	573,9	744,9	749,7	766,7	910,8	903,8	950,3	1041,9	981,2	1102,1	1274,1	850,3
Veranl. Einkommenst.	"	"	356,3	317,8	1898,9	388,8	349,4	1978,7	400,1	334,9	1959,6	260,1	236,3	2336,5	416,0	348,7
Körperschaftsteuer	"	"	273,3	158,1	1417,0	182,6	148,3	1458,6	248,1	135,5	1401,7	138,3	170,2	1740,0	262,3	164,5
Umsatzsteuer	"	"	1767,1	1299,2	1253,9	1501,2	1396,7	1458,0	1514,8	1481,5	1429,1	1553,1	1601,7	1575,4	1835,9	1387,5
Zölle und Verbrauchst.	"	"	989,6	960,2	1012,1	1042,2	1052,4	1111,3	1112,3	1115,6	1141,6	1230,6	1265,5	1314,1	1105,9	956,8
Lastenausgleichsabgaben 8)	"	"	84,3	367,8	53,3	76,2	378,6	50,2	66,7	351,4	41,0	87,1	394,7	72,6	77,4	77,4
<b>Außenhandel</b>																
Einfuhr, insgesamt	Mill.DM	S	3483	3195	3654	3641	3737	3727	3714	3472	3679	4001	3833	4225	3794	4056
Ausfuhr, insgesamt	"	"	3900	4047	4301	4368	4034	4419	4217	4062	4303	4356	4242	4729	3828	4084
Saldo 9)	"	"	+ 417	+ 852	+ 647	+ 727	+ 297	+ 692	+ 503	+ 590	+ 624	+ 356	+ 409	+ 487	+ 34	+ 8
Einfuhrvolumen 10)	"	"	3809	3509	4059	4129	4156	4166	4197	3932	4187	4540	4356	4748	4350	4684
Ausfuhrvolumen 10)	"	"	3700	3870	4105	4233	3868	4240	4018	3867	4187	4195	4081	4508	3654	4084
Terms of Trade 11)	1954=100	D	115,4	115,4	116,7	117,0	115,6	116,9	119,3	119,3	118,2	118,2	118,2	119,0	120,7	120,7
<b>Einfuhr</b>																
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill.DM	S	814	806	875	908	905	940	942	869	960	1122	1204	1330	1054	985
Rohstoffe	"	"	837	713	796	810	785									

Gegenstand	Einheit †)		1960					1961						1962		
			1959	1960	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>Bevölkerung<sup>1)</sup></b>																
Geburtenüberschuß, absolut . . .	Anzahl	S	62082	59843	8036	9744	5658	5072	4343	4959	7929	8145	7873	5929	3304	.
„ je 1000 d. Bevölkerg.	Jahresbasis		3,6	3,4	5,5	6,8	8,8	3,6	3,0	3,4	5,5	5,8	5,6	4,2	2,3	.
<b>Flüchtlingsbewegung<sup>2)</sup></b>																
Gepürfte Notaufnahmeanträge	Anzahl	S	67476	81924	7282	6957	8772	7543	5578	7221	43423	19604	.	.	18716	.
in West-Berlin . . . . .	„		50020	59402	5215	5728	6909	7207	5561	5340	.	.	.	.	.	.
„ Uelzen . . . . .	„		30151	50508	5677	4736	5285	6413	4745	4626	.	.	.	.	.	.
Aufgenomm. Flüchtlinge, insges.	„		137437	186640	17819	17129	20627	20815	15486	16907	43093	19307	.	.	18103	.
dar. in West-Berlin . . . . .	„		60514	79065	7153	6836	8603	7388	5449	7106	.	.	.	.	.	.
Aus West-Berlin ausgeflogen . . .	„		66212	82771	7657	7863	7675	7918	6028	6505	.	.	.	.	.	.
dar. Jugendliche <sup>3)</sup> . . . . .	„		16309	20229	2174	2545	1987	1667	1169	1570	.	.	.	.	.	.
<b>Industrie<sup>4)</sup></b>																
Bruttoproduktion (o. Bauleistg.) <sup>5)</sup>	Mill. DM-Ost	S	65676	71065	5955	6171	5966	6392	6580	5730	6339	6540	6558	6873	6646	6250
dar. halbstaatl. Betriebe . . . . .	vH		6,0	7,4	7,2	7,4	7,3	7,5	7,5	7,5	8,2	8,3	8,2	8,2	8,3	8,2
„ private Betriebe . . . . .	„		4,9	3,8	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,4	3,1	3,1	3,5	3,0	3,0	2,8
Produkt. ausgewähl. Erzeugnisse																
Elektroenergie . . . . .	Mill. kWh		37248	40305	3296	3320	3519	3598	3771	3790	3417	3448	3705	3799	3959	4009
Robbraunkohle . . . . .	Mill. t		214,8	225,5	19,2	19,0	19,2	19,1	19,1	20,1	20,2	19,8	20,5	19,9	19,8	20,8
Braunkohlenbriketts . . . . .	1000 t	S	54051	56047	4897	4780	4790	4691	4597	4756	5073	4933	5096	4815	4629	4978
Roheisen . . . . .	„		1898,4	1994,7	171,6	163,0	175,3	174,5	172,8	167,8	179,7	166,9	175,0	175,2	172,9	180,9
Rohstahl in Blöcken . . . . .	„		3207,4	3337,0	273,3	277,7	291,0	288,6	297,1	293,6	284,1	287,4	307,2	299,5	295,8	308,6
Walzstahl, warmgewalzt . . . . .	„		2487,5	2308,8	181,0	192,1	197,8	207,2	216,0	194,2	198,9	202,6	204,2	202,2	192,5	193,5
Schwefelsäure . . . . .	1000 t SO <sub>3</sub>		562,4	595,9	53,6	51,5	53,5	50,9	53,2	52,5	57,9	57,2	63,6	62,0	58,7	61,3
Kalziumcarbid . . . . .	1000 t		887,5	922,7	79,2	77,2	73,9	72,1	75,0	71,7	72,0	76,5	86,3	80,0	85,3	86,6
Stickstoffdünger . . . . .	1000 t N		329,1	334,1	26,7	27,2	28,7	27,6	28,8	28,2	26,9	26,4	28,1	28,7	27,7	28,6
Phosphordünger . . . . .	1000 t P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>		138,8	165,8	12,8	12,1	15,7	13,7	12,0	10,7	15,6	14,3	14,9	13,6	13,2	13,7
Synthetischer Kautschuk . . . . .	t		85202	86765	7192	7358	7455	6850	6370	7026	7615	6955	7483	7539	7611	7376
Zement . . . . .	1000 t		4205,0	5032,0	439,1	430,8	463,6	447,7	431,7	391,3	453,3	480,5	489,9	455,6	384,6	430,5
Kühlschränke . . . . .	Stück		86581	138569	12056	14540	12284	12784	14114	11802	14075	15978	17173	16935	15629	15817
Fernsempfänger . . . . .	„		289736	416490	39648	36711	35270	35323	35580	35544	30136	26549	27553	25459	29161	35353
Baumwollgewebe . . . . .	Mill. qm		240,6	254,0	21,0	22,8	20,6	22,9	24,0	21,3	21,1	23,2	22,4	23,5	23,7	21,4
Zellstoff aller Sorten . . . . .	1000 t atro		337,0	336,5	30,1	27,2	28,4	28,7	27,0	27,5	30,8	28,0	29,6	28,5	27,3	29,2
Papier aller Sorten . . . . .	1000 t		515,0	542,0	45,4	47,1	45,3	48,8	45,3	47,6	49,8	47,1	46,1	49,8	44,1	50,7
Karton und Pappe . . . . .	„		259,2	267,6	22,9	22,1	21,3	23,5	22,3	23,1	22,8	23,1	22,2	23,3	22,1	23,2
Margarine . . . . .	„		173,8	180,6	15,9	17,1	16,8	15,8	14,3	9,8	17,0	14,6	15,7	17,7	14,4	9,7
<b>Bau (ohne Bauhandwerk)<sup>1)</sup></b>																
Bauarbeiter <sup>7)</sup> . . . . .	1000	D	231,8	229,4	228,8	231,4	229,6	227,9	226,2	218,7	213,3	218,1	216,9	217,1	215,5	.
<b>Landwirtschaft<sup>1)</sup></b>																
Landwirtsch. Produktionsg. (LPG)	Anzahl	E	10132	19319	19354	.	.	19319	19261	.	.	.	.	.	.	.
Mitglieder . . . . .	1000		435,4	960,7	954246	.	.	960732	961,5	.	.	.	.	.	.	.
Landwirtschaftliche Nutzfläche	1000 ha		2794,3	5426,4	5416,1	.	.	5426,4	5420,5	.	.	.	.	.	.	.
Anteil a. d. ges. landw. Nutzfl. <sup>8)</sup>	vH		45,1	85,0	84,2	.	.	84,3	84,3	.	.	.	.	.	.	.
<b>Verkehr<sup>1)</sup></b>																
Gütertransportmenge, insges. . . .	Mill. t	S	500,4	522,2	45,6	45,7	45,3	45,9	45,5	41,4	47,2	48,4	48,9	47,6	41,9	43,8
dar. Anteil Reichsbahn . . . . .	vH		45,3	45,4	44,5	43,5	45,9	46,3	46,2	48,8	44,9	43,0	45,7	45,6	46,5	47,3
„ Kraftwagen . . . . .	„		51,3	51,8	52,6	53,8	51,2	50,3	51,2	49,5	52,3	52,1	51,9	51,7	51,6	51,6
Gütertransportleistung, insges. . .	Mill. tkm	S	47743	50582	4313	4379	4228	4723	4325	3887	4997	4650	4635	4498	.	.
davon Anteil Reichsbahn <sup>9)</sup> . . . .	vH		66,4	64,9	65,5	63,4	66,8	61,6	66,2	65,4	60,3	63,5	67,7	66,6	.	.
„ Binnenschifffahrt <sup>10)</sup> . . . . .	„		5,0	4,5	5,1	4,7	4,8	4,4	4,3	2,5	4,8	4,7	4,9	4,2	.	.
„ Seeschifffahrt . . . . .	„		19,0	20,7	18,9	21,4	18,1	24,6	19,1	22,2	25,5	21,5	18,0	18,7	.	.
„ Kraftwagen . . . . .	„		9,6	9,9	10,5	10,5	10,3	9,4	10,4	9,9	9,4	10,3	10,2	10,5	.	.
<b>Einzelhandel<sup>1)</sup></b>																
Einzelhandelsumsatz, insges. . . . .	Mill. DM-Ost	S	42053	44957	3702	3740	3884	4015	5011	3245	4274	4062	4174	4276	5021	3307
dav. Nahrungs- u. Genussmittel . .	vH		56,9	55,4	57,7	55,4	54,5	51,7	50,7	56,7	53,8	55,6	54,3	51,9	53,0	57,8
Industriewaren . . . . .	„		43,1	44,6	42,3	44,6	45,5	48,3	49,3	43,3	46,2	44,4	45,7	48,1	47,0	42,2
Umsatzanteil HO <sup>11)</sup> . . . . .	„		43,6	44,3	43,4	43,2	43,6	44,1	45,4	43,8	43,9	43,2	43,0	43,9	44,7	43,7
„ Konsum . . . . .	„		31,7	32,9	33,3	33,0	33,3	33,4	33,6	33,4	34,5	33,6	33,3	33,6	33,2	33,6
„ Priv. Einzelhandel . . . . .	„		24,7	22,8	23,3	23,8	23,1	22,5	21,0	22,8	21,6	23,2	23,7	22,5	22,1	22,7
<b>Interzonenhandel<sup>12)</sup></b>																
Bezüge aus dem Währungs-	1000 VE <sup>13)</sup>	S	1078564	959507	68989	74402	71590	81693	122389	51732	539863	45188	63843	69919	105180	49840
a) aus Westdeutschland . . . . .	„		1007718	885211	62244	68577	65967	76156	112859	44689	55424	41540	60354	65809	98890	44275
dar. Nahrungsmittel <sup>13)</sup> . . . . .	„		64988	50512	4140	2793	3301	5177	9225	1701	1116	668	176	2907	5247	5298
„ Maschinen . . . . .	„		109877	125795	10026	10540	10234	10069	25690	3690	10147	9581	11563	9250	14283	8869
„ Eisen und Stahl . . . . .	„		221080	157561	12905	12145	13404	10307	11874	5513	15369	9160	17284	22763	27257	7999
„ Chemische Erzeugnisse . . . . .	„		125446	126215	8978	7445	9872	13467	13467	8829	4370	4429	6282	4679	6190	3387
b) aus West-Berlin . . . . .	„		70846	74296	6745	5825	5563	5537	9530	7043	4433	3648	3489	4110	6290	5565
dar. Elektrotechn. Erzeugnisse . . .	„		20590	22307	1312	1610	1392	1374	4500	3194	1866	1505	1065	779	944	1068
Lieferungen in das Währungs-	„		891760	1122450	78606	75553	106489	101679	112580	76714	78071	75430	81712	93508	86103	86571
a) nach Westdeutschland . . . . .	„		711031	938181	63021	62052	88844	82384	94496	60805	62376	60617	65851	73839	72434	74310
dar. Benzin, Oel, Teer usw. . . . .	„		181838	204672	13427	11421	14475	17873	21172	7243	15975	15965	14730	15858	12156	17420
„ Maschinen . . . . .	„		55539	72267	4911	6299	7134	6951	11269	3491	4328	6377	3028	8906	6529	6716
„ Textilien . . . . .	„		75543	104981	5676	7956	16705	10675	15090							